

Verband der Bürgerinitiativen entlang der Betuwe-Linie

Betuwe – so nicht! sondern besser!

27. Juni 2017

Sprecher
Gert Bork ☎ 0281-64355

www.betuwe-niederrhein.de
www.betuwe-gefahr.de

Im Koalitionsvertrag der neuen NRW-Landesregierung ist Lärmschutz an Europas wichtigster Güterzugtrasse kein Thema

Bürgerinitiativen fordern Nachbesserung und erinnern an Wahlkampfversprechen

Im Mai 2017 hatten die jetzt gewählte Landtagsabgeordneten Frau Charlotte Quik (CDU), die verkehrspolitischen Sprecher Herr Klaus Vossemer (CDU) und Herr Christof Rasche (FDP) uns in Wesel besucht und wurden von uns über menschengerechten Lärmschutz für Hunderttausende Anwohner und die völlig unzureichenden Aktivitäten der alten Landesregierung informiert. Es wurde vollstes Verständnis signalisiert!

Nun liegt der Koalitionsvertrag vor. Zum Thema Schienenverkehr auf Seite 51 fehlt die im Entwurf noch vorhandene, ausdrücklich benannte Lärmbekämpfung bei den Ausbaustrecken (im Entwurf war nur der Abschnitt Rheintal sowie der RRX erwähnt). Von Schienenlärm am Niederrhein im Zusammenhang mit unserer sogenannten BETUWE-Linie (ABS 46/2) ist jetzt im Vertrag leider kein Wort zu finden! Da wir nicht wissen, ob dies bewusst geschehen ist oder aber nur "vergessen" wurde, fordern wir alle Abgeordneten dringend auf, darauf hinzuwirken, dass auch die Ausbaustrecke Emmerich - Oberhausen mit gleichen Voraussetzungen wie das Rheintal - als Europäische TEN-Strecke mit maximalem Güterverkehr - in den Vertrag aufgenommen wird.

In Berlin anlässlich der Überreichung des Niederrheinischen Appells wurden uns in diesem Zusammenhang finanzielle Zugeständnisse in Aussicht gestellt, wobei als Haupthindernis das Verfahren zur Bewilligung dieser Mittel dargestellt wurde. Es fehle schlicht der Antrag, Geld sei beim Bund ausreichend vorhanden. Aus Sicht der Bürgerinitiativen kommt der neuen NRW-Landesregierung eine Schlüsselrolle bei der Beantragung zu, die sie auch ausfüllen sollte.

Die Bürgerinitiativen protestieren gegen einen rücksichtslosen Gleis-Ausbau ohne ausreichende Sicherheitstechnik und ohne zeitgemäßen Lärmschutz. Allein in unserer kleinen Region werden Hunderttausende Anwohner und deren Nachkommen permanent gefährdet und in den nächsten 100 Jahren gesundheitlich belastet, weil Schienentransport sonst „unwirtschaftlich“ wird. Die Kosten für Gleis-Sicherheit müssen die Bürger über Ihre Gemeinde-Steuer zahlen. Abnehmende Lebensqualität schädigt dauerhaft unsere Gemeinwesen. Geschlossene Übergänge zerschneiden Städte. Es geht nicht nur um wenige Pechvögel, die zufällig am Gleis wohnen, denn der Lärmteppich entlang der Gleise reicht rechts und links jeweils einen Kilometer, tödliche Gaswolken nach Gefahrgutunfällen breiten sich rechts und links der Gleise jeweils bis zu acht Kilometer aus.